

1874.

— Die dem kgl. hiesigen Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten zugehende Anklageschrift, mit welcher die Amtsentsetzung des Bischofes Conrad Martin beantragt werden soll, ist in der Vorberathung begriffen. Dem Vernehmen des „Westf. Volksbl.“ zufolge ist Hr. Appellations-Gerichtsrath zur Redden in Paderborn mit der Voruntersuchung beauftragt.



— Mit Rücksicht auf die agrarpolitischen Streitigkeiten unter den Landwirthen scheint es Beachtung zu verdienen, daß die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für das Fürstenthum Waldeck an Stelle des Herrn Anton Niendorf, welcher Hauptagitor der agrarpolitischen Partei ist, den Professor Drth zu Berlin, einen geborenen Waldecker, zum Vertreter des Fürstenthums im deutschen Landwirtschaftsrathe gewählt hat.

— Die heutige „Prov.-Corr.“ beschäftigt sich an ihrer Spitze mit den Friedensworten der Thronrede und sagt:

„Die Worte, welche unser Kaiser in der jüngsten Thronrede über die auswärtigen Beziehungen des deutschen Reiches gesprochen hat, sind fast überall in ihrer entschiedenen friedlichen Bedeutung gewürdigt und vertrauensvoll begrüßt worden. Wenn Kaiser Wilhelm die Versicherung erneuert, daß ihm jede Verletzung fern liegt, die geante Macht des Reiches andern, als zu dessen Vertheidigung zu verwenden, so weiß und vertraut die Welt, daß solch eine Versicherung aus diesem Munde eine politische Thatsache von entscheidendem Gewicht, eine wirkliche Friedensbürgschaft ist. Wenn der Kaiser ferner nicht bloß auf seine friedlichen und wohlwollenden Beziehungen zu allen fremden Regierungen, sondern ausdrücklich auch auf die bewährte Freundschaft mit den Herrschern mächtiger Reiche hinweist, um daraufhin das volle Vertrauen auf die Dauer des Friedens in Anspruch zu nehmen, so weiß man, daß solcher Zusage eben die tiefe und thatsächlich begründete Ueberzeugung von der dauernden Festigkeit jener Beziehungen und der darauf ruhenden mächtigen Friedenspolitik zu Grunde liegt. Die Vertrauen erweckende Wirkung der kaiserlichen Rede ist auch durch die erste Mahnung, welche der Kaiser an das Friedenswort knüpfte, nicht wesentlich abgeschwächt worden, denn die Mahnung, soll eben nur zur Befestigung des Friedens dienen. Die erneute Betonung der deutschen Friedenspolitik hatte ja ihren Anlaß überhaupt nur in den ungerechten Verdächtigungen, welche in letzter Zeit mit so großer Geschwindigkeit verbreitet worden sind und deren ungehemmte weitere Verbreitung möglicher Weise eine wirkliche Gefahr für den Frieden hätte werden können. Obwohl dieselben lediglich dem Uebelwollen und der Parteilichkeit entspringen und jedes einzelne Gerücht vor den Augen einsichtiger Politiker ohne Weiteres in Nichts zerfließen mußte, so schien es doch, darauf abgesehen, durch die Fülle und das wirre Gewebe der Verdächtigungen allmählich dem Glauben zu verbreiten, daß die deutsche Politik sich nach allen Seiten hin immer mehr in dunkle Unternehmungen und dadurch in Schwierigkeiten verwickelte, durch welche eine verhängnisvolle Wendung in der Stellung der Mächte vorbereitet werde. Alle diese Berechnungen sind durch das klare und feste Wort der Thronrede vollends zu Schanden gemacht worden. Den Verdächtigungen setzt Kaiser Wilhelm sein Wort entgegen, und vor dem Sonnenlance dieses Wortes brennen die politischen Nebel und Wolken. Auch das Uebelwollen und die Parteilichkeit werden die Mahnung verstehen und beherzigen und werden sich hüten, zu Thaten überzugehen, zu denen das deutsche Reich Stellung nehmen mußte. Je mehr der Friedenswille und die friedliche Bedeutung der Thronrede in dieser Beziehung erkannt werden, findet auch die Thatsache, daß die Thronrede eine weitere Vervollständigung unserer Heereinrichtungen ankündigt, eine richtige und unbefangene Würdigung. Es handelt sich bei dem Gesetze über den Landsturm durchaus nicht um eine unerwartete, mit politischen Erwägungen zusammenhängende Erhöhung unserer Wehrkraft, sondern, wie die Thronrede es in schlichten Worten andeutet, um die Ausführung und Vervollständigung dessen, was in der bisherigen Militärgefeßgebung bereits bestimmt in Aussicht genommen war und nach der Ueberlieferung unseres Heerwesens in Aussicht genommen werden mußte. Wenn trotzdem der Ankündigung dieser notwendigen Vervollständigung der deutschen Heereinrichtungen überall die gefährliche Bedeutung zu Theil wird, so kann es wesentlich nur in der Richtung und Ueberzeugung geschehen, daß auch darin eine Bürgschaft des europäischen Friedens zu finden ist.“

— Der Reichskanzler und der Vizepräsident des Staatsministeriums haben den Antrag gestellt, daß der Tenor des den Chefredakteur der „Germ.“ zum einem Jahre Gefängnis und 200 Tlr. Geldstrafe verurtheilenden Erkenntnisses erster Instanz, welches durch die Bestätigung des Kammergerichts und des Obertribunals rechtskräftig geworden ist, in der „Germ.“ abgedruckt werde. Dieselbe kommt diesem Antrag in der heutigen Nummer mit den Worten „der Herren Wille geschehe“ nach.

— Der Präsident des kgl. Stadtgerichts hat an die Beamten der Grundbuch-Ämter eine Verfügung erlassen, in welcher denselben verboten wird, irgend Jemand Einblick in die Grundbuch-Nemter zu gestatten, der nicht von dem Eigenthümer des bestrittenen Hauses begleitet ist. Selbst der Hypothekengläubiger, welcher sich durch Vorzeigung des Document's legitimirt, soll keine Auskunft über

die Verhältnisse des ihm verpfändeten Grundstücks erhalten, wenn er nicht mit seinem Schuldner zusammen sich im Grundbuch-Amte einfindet und letzterer zur Einsicht des Grundbuchs ausdrückliche Erlaubnis giebt.

**Braunsberg, 2. November.** An der hiesigen katholisch-theologischen Lehranstalt, dem kgl. Lyceum, sind beim Beginn des Wintersemesters nur zwei Studierende inscriptur worden. Die Begrüßung, das angebotene Martyrium der Kirche zu theilen, ist also bei der studirenden Jugend nicht eben groß. Auch jene beiden sind, wie die „K. S. Ztg.“ hört, nur durch die Versicherung der geistlichen Oberen zur Theilnahme geführt worden, der Staat werde in dem Konflikt mit der Kirche alsbald nachgeben müssen. Da an der „philosophischen Fakultät“ des Lyceums vier Professoren dociren, so kommt auf jeden derselben gerade ein halber Student.

**Torgau, 31. Okt.** Am 21. d. M. fand vor dem hiesigen k. Kreisgericht die Untersuchung gegen den Monteure Leibmeier aus Ramlau, welcher mit dem Attentat auf den Fürsten Bismarck in Verbindung stehen sollte, ihren Abschluß. Dieser Leibmeier war am 23. August c. zum hiesigen kath. Pfarrer Dirichs gekommen und hatte denselben gebeten, einen Brief, den er von dem kath. Pfarrer aus Ramlau mit seinem Tauschein erhalten werde, für ihn anzunehmen. Bei dieser Gelegenheit hatte er dem Dirichs erzählt, daß er mit dem Böttcher-Geleuten Kullmann nach Riffingen gegangen sei und mit vielen Andern auch die Absicht gehabt habe, den Fürsten Bismarck zu ermorden, zu welchem Zweck er eine Stocklinde mitgebracht; Kullmann habe jedoch zu früh abgeschossen und dadurch den Plan, den Fürsten Bismarck zu ermorden, vereitelt. „Sie werden ihn aber doch noch kriegen“, hatte Leibmeier geschlossen. Der Pfarrer Dirichs machte hierauf Anzeige bei der hiesigen Polizei, und da durch jene Äußerungen der Verdacht entstand und entstehen mußte, daß Leibmeier mit Kullmann und dessen Attentat in Verbindung stehe, so wurde er, der inzwischen von hier nach Stettin gegangen, verhaftet und hier zur Untersuchung gezogen. Hierbei ergab sich aber, daß Leibmeier weder in Riffingen gewesen, noch je mit Kullmann in Verbindung gestanden, noch an dem von diesem in Riffingen verübten Attentat irgendwie betheiligt gewesen war. Er hatte, wie er angab, jene Äußerungen zu dem kath. Pfarrer nur gethan, um von diesem zu erfahren, ob er nicht auch einer der kath. Geistlichen sei, der den Kullmann mit Geld unterstützt habe. Bei dieser Untersuchung wurde auch der Brief eingefordert, den Leibmeier an den kath. Pfarrer in Ramlau geschrieben und in welchem er diesen um seinen Tauschein gebeten hatte. Da dieser Brief große Schmähungen des Kaisers und Königs enthielt, so wurde Leibmeier in der oben gedachten Sitzung des hiesigen k. Kreisgerichts am 21. d. Mts. wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 3½ Monaten verurtheilt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß er auch schon wegen gleichen Vergehens durch Erkenntnis vom 11. Febr. c. zu einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt war.

**Kassel, 3. November.** Ueber die telegraphisch signalisirte Zusammenkunft der Abgeordneten Kaser, Bennigen, Miquel und Wehrenpennig mit Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei in Hefen zwecks Besprechung über die neu einzuführende Gemeindeordnung berichtet das „Frankf. Journ.“ folgendes Nähere:

Die Versammlung war von ca. 80 Personen besucht. Den Vorsitz führte der Oberbürgermeister Nebelthaus. Zuerst erhielt Herr Kaser das Wort, welcher sich in einem längeren Vortrage dahin ausdrückte, daß es wünschenswerth erscheine, in der vorliegenden Angelegenheit eine Verständigung zu erzielen und die neuen Gesetze-Vorlagen nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen. Die Gesetze, als solche, seien zur Durchführung der Staats-Idee, allmählich an Stelle der Bureaucratie die Selbstverwaltung zu setzen, unbedingt notwendig; auch wäre ihre Durchführung in allen Provinzen des preussischen Staates schon im Interesse der gleichmäßigen Gesetzgebung erforderlich. Weder verbreite sich sodann im Einzelnen über die Vorlagen selbst und betonte, daß diese und jene Bestimmungen in denselben schon mit Rücksicht darauf zum Bedürfnis geworden seien, daß es allmählich den Organen der Regierung gar nicht möglich sein werde, mit den ihr zu Gebote stehenden Beamten die betreffenden Verwaltungs-Arbeiten zu erledigen. Hierauf verbreitete sich Herr Miquel über die Vorläge, welche an dem in Aussicht gestellten Gesetze im Allgemeinen durchaus nicht zu verkennen seien, betonte die aus der Annahme derselben dem Lande erscheinenden Vortheile und erklärte, daß es selbstverständlich nicht in der Absicht der liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses liegen könne, die berechtigten Eigenthümlichkeiten der beständigen Bevölkerung unberücksichtigt zu lassen. Diesen solle vielmehr durch Beibehaltung der bis jetzt besonders bewährten Bestimmungen der beständigen Gemeinde-Ordnung vom Jahre 1834 thunlichst Rechnung getragen werden. Herr Rechtsanwalt Dr. C. Decker von hier sprach seine Ansicht dahin aus, daß die Einführung einer neuen Gemeinde-Ordnung

für unsere Provinz überhaupt gar nicht erforderlich sei. Auch sprächen die Kundgebungen aus fast allen Städten und Ortschaften Hessens dafür, daß die Bevölkerung die bisherige Gemeinde-Ordnung zu behalten wünscht. Hr. Wehrenpennig widersprach dem Vorredner. Die Kirchen-Gesetzgebung sei nahezu abgeschlossen, indem nur noch ein Gesetz über die Gemeinde-Vertretung für die Verwaltung des Gemeinde-Kirchen-Vermögens zu beraten sei. Daß auch die jetzige beständige Gemeinde-Ordnung, was vielfach anerkannt werde, bedeutende Mängel aufzuweisen habe, müsse gleichfalls in Betracht gezogen werden. Herr Professor Maier aus Marburg stimmt dem Vorredner bei und konstatiert, daß man in Marburg gar nicht gegen die neue Vorlage eingenommen sei, dieselbe vielmehr freudig begrüßt habe. Herr v. Bennigen hält die hier zu Tage getretene Opposition für eine Folge des von der Regierung begangenen Mißgriffs, bei der Vorberatung des Gesetzeswurfs nicht sofort geeignete Vertrauensmänner aus Hessen herangezogen zu haben. Im Uebrigen ist auch er der Ansicht, daß die Provinzial-Verhältnisse bei der Beratung der Vorlage Berücksichtigung finden müßten. Die am Schlusse der vierstündigen Debatte angenommene Resolution geht dahin, daß der neuen Gesetzesvorlage unter Wahrung der Special-Interessen des Landes keinerlei Schwierigkeiten entgegengestellt werden sollen.

**Fulda, 1. November.** Die königliche Regierung in Kassel hat wie das „Kreisl.“ berichtet, den Seminardirektor Schröder zum Mitglied des hiesigen Schulvorstandes ernannt.

**München, 2. Novbr.** Der neue päpstliche Nuntius in München, M. Bianchi, ist vom Papste zum Erzbischof in partibus ernannt worden und wird dieser Tage auf seinem Posten dahier eintreffen. — Der Redacteur des „Vaterland“, Dr. Sigl, ist — wie man dem „N. N.“ von hier meldet — zufolge des Erkenntnisses des kgl. Appellationsgerichts dahier wegen des Artikels „Den Reichshund“ betr. und eines Artikels beginnend die „Bismarckomanie der Republik“, wegen verleumdender Beleidigung des Reichskanzlers vor das Schwurgericht dahier verwiesen worden. Bezüglich der Kundgabe des Beileids für den Prinzen Leopold wegen des ihm verliehenen preussischen Schwarzen Adler-Ordens wurde die Einstellung des Strafverfahrens vom Appellationsgerichte beschloffen. — Ueber den Stand der Gant der Adele Spitzeder, der Eigenthümerin der berichtigten Dachauerbank, erhält die „Nat.-Z.“ folgende nicht uninteressante Mittheilungen.

Zu der Gantmasse gehören eine beträchtliche Anzahl von Altkorderungen, welche bisher nicht beigetrieben werden konnten, weil es an paraten Exekutionsmitteln gegen die Schuldner gebrach. Es hat nun der Gläubiger-Ausschuß dieser Tage den Beschluß gefaßt, um die Verteilung der Masse nicht noch länger aufzuhalten, diese Forderungen an die Meistbietenden öffentlich zu versteigern. Zu diesem Zwecke wird ein Verzeichniß angefertigt und zur Einsichtnahme der Steigerungslustigen aufgelegt werden, aus welcher die Person des Schuldners, der Betrag der Schuld und die Qualität derselben zu entnehmen sein wird. Dieses Verzeichniß wird nicht geringes Interesse erregen, denn man wird aus denselben die Kategorien der Personen — vom Fürsten bis zur Wäscherin herab — ersehen, welche zum Falle der Dachauer Bank dadurch beitrugen, daß sie Geld aus derselben entnommen, ohne für die Rückzahlung besorgt zu sein. Es ist dies, was der Gläubiger-Ausschuß hier ausführen will, zwar ein sehr drastisches Mittel, allein im Interesse der Gläubiger ist dasselbe jedenfalls. Die Gläubiger werden übrigens, auch wenn sich die Gantmasse sehr günstig gestaltet, kaum 10 Prozent ihrer Forderungen erhalten.

**Strasburg, 1. November.** Unter Anwesenheit sämmtlicher Professoren und Studenten sowie einer Anzahl von Vertretern der Behörden fand gestern im Hauptgebäude der Universität der übliche Rektoratswechsel statt. Der bisherige Rektor, Prof. Dr. Goppes-Schäler, übergab nach einem kurzen Ueberblick über die Ergebnisse des letzten Studienjahres die bisher inne gehabte Würde an Professor Dr. Schmöller, welcher sein Amt mit einem Vortrag über die „Blutzeit unserer Stadt unter den Hohenstaufen“ eröffnete. — Die Immatrikulationen, welche wohl als abgeschlossen betrachtet werden können, ergaben eine Gesamtzahl von 617 immatriculirten Studierenden, worunter 110 Esaj Lothringer, 472 Altkatholiken und 35 Ausländer. Die medizinische Fakultät zählt 193, die philosophische 227, die juristische 143 und die theologische 54 immatriculirte Hörer. Das Lehrpersonal besteht aus 81 Professoren. Eine erwünschte Kraft hat die juristisch-wissenschaftliche Fakultät in der Person des bisherigen Direktors des statistischen Bureau's in Leipzig, Prof. Dr. Knapp, gewonnen.

## Ein Besuch bei Louise Lateau.

Ein Korrespondent der „Magdeb. Ztg.“ hat bei Louise Lateau an einem Freitag Zutritt erhalten und giebt eine interessante Schilderung des Verlaufes ihrer „Ekstase“. Dieselbe beginnt gegenwärtig Freitag um 2 Uhr und endigt gegen 4½ Uhr, früher dauerte sie von Morgens 8 bis Abends 7 Uhr, also volle 11 Stunden. Allmählich sank jedoch die Dauer der Ekstase bis auf 2½ Stunden herab. Nach einer Beschreibung der Wohnung Louise's, die gesucht ärmlich ist, erzählt der Korrespondent Folgendes:

Betrachten wir nun die Louise Lateau, die auf einem Sessel sitzt und, da sie in Ekstase ist, von unserem Eintreten gar keine Notiz nimmt. Ich hatte mich darauf gefaßt gemacht, in Louise den in Frauenkreisen so häufig vorkommenden leidenden Heiligentypus vorzufinden, sah mich aber hierin völlig getäuscht, da sie eher einer etwas schwärmerisch angehauchten, jedoch weltlich gesinnten Mähterin gleich. Louise zählt jetzt etwa 24 Jahre, sieht aber viel jünger aus, zumal ihre Figur nur mittelgroß ist. Die etwas lockert frisirten Haare sind blond, eine Seltenheit für Belgien, die Heimath der Brünnetten; das Gesicht macht auf den Beschauer keinen unangenehmen Eindruck. Die Züge sind weniger als schön, denn als interessant zu bezeichnen. Der Teint ist sehr fein; die Wangen sind etwas rötlich angehaucht, der Mund ist außergewöhnlich klein, die Lippen sind roth und schwellend. Wenn letztere sich öffnen, was während der Ekstase mehrfach geschieht, zeigen sich sorgfältig gepflegte, schneeweiße Zähne. Die großen, blauen Augen berrathen einen bedeutenden Grad von Intelligenz, die langen Wimpern geben der ganzen Physiognomie einen etwas träumerischen Anstrich. Die Taille Louise's ist sehr schlank und wird durch den Schnitt des Kleides vorthelhaft hervorgehoben. Letzteres harmonirt auch in Beziehung auf Farbe zu der ganzen Gestalt und Rolle Louise's. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß diese von der Natur mit einem im Vergleich zu ihrer Umgebung ungewöhnlichen Maße von körperlichen Vorzügen ausgestattet ist.

Wie bereits erwähnt, sitzt Louise während des Anfangs der Ekstase auf einem Sessel, und zwar hält sie sich völlig unbeweglich, als wenn sie aus Stein angehaucht wäre. Das Gesicht ist nach oben gerichtet, die Augen sind weit aufgerissen und starren auf einen Punkt, wie es mir schien, in eine Ecke des Plafonds. Von den Umstehenden erfahren wir, daß dieser Zustand noch längere Zeit andauern werde; wir haben daher noch Mühe, uns die Stigmata anzusehen.

Louise ist bekanntlich Mitglied des dritten Ordens des Heiligen Franz von Assisi. Die Angehörigen dieses Weltordens legen das Gelübde ab, täglich eine gewisse Anzahl von Gebeten zu verrichten und

gewisse Bußübungen, z. B. Geißelungen, vorzunehmen; ferner haben dieselben auf bloßem Leib einen sogenannten Bußgürtel zu tragen. Im Uebrigen ist ihnen erlaubt, in der Welt zu leben, sich zu verheirathen etc.

Am 24. April 1868, dem Tage, an welchem Louise das Noviziat beendet hatte, stellte sich die linke Seitenwunde ein, am folgenden Freitag zeigte sich die Wundmale der Füße, acht Tage später die der Hände. Das Vorbild, der heilige Franz von Assisi, war erreicht. Was in früheren Jahrhunderten die Menge befriedigte, kann im fortgeschrittenen 19. Jahrhundert nicht mehr genügen. Daher zeigten sich etwa vier Monate später die Kopfwunden, welche den durch die Dornenkrönung bei Christus entstandenen Wunden entsprechen sollen. Ferner erzählt Louise vor etwa Jahresfrist während einer Ekstase, daß Christus beim Kreuztragen eine Wunde an der rechten Schulter empfangen habe; bald darauf wird sie auch mit diesem Wundmale „begnadigt“. Alle diese Wunden (es sind deren zehn: Vier Handwunden, nämlich je eine an der äußeren und eine an der inneren Handfläche, vier Fußwunden, die rechte Seiten- und die Rückenwunde, außerdem noch eine Anzahl von Wundmalen am Kopfe) beginnen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag zu bluten. Erst im Laufe des Freitag Nachmittags endigt die Blutung. Auch in dieser Beziehung ist eine Abnahme zu verzeichnen; die Quantität des abgehenden Blutes beträgt nämlich gegenwärtig nur noch die Hälfte von früher und nimmt noch fortwährend ab.

Louise sitzt noch immer unbeweglich vor uns. Durch eine anscheinend unwillkürliche Bewegung verschieb sich das Tuch (!), welches um die auf dem Schooße liegenden schneeweißen, ungewöhnlich kleinen Hände gewickelt war (!) und ermöglichte den das ganze Zimmer anfüllenden Besuchern die Betrachtung der betreffenden Wundmale. Die übrigen Wunden, ausgenommen die Kopfwunden, entziehen sich natürlich der Beobachtung des Publikums. Letzteres, welches Blutrecht viel Blut zu sehen gekommen ist, kann solches in reichlichem Maße an der Bettwache, dem Sessel und auf dem Boden des Zimmers wahrnehmen. Zur Vermehrung des Effektes ist auch blutige Leinwand den Blicken der Neugierigen ausgestellt.

Auf der Außenseite der linken Hand bemerken wir ein etwa drei Centimeter langes und zwei Centimeter breites Oval, das anscheinend die Quelle des den größten Theil der Handfläche bedeckenden Blutes ist. Etwas kleiner ist das auf der inneren Handfläche liegende Stigma. Auch aus der rechten Hand kommt Blut, jedoch in ganz unbedeutender Menge. Noch geringer ist die Blutung aus den Kopfwundmalen. Diese befinden sich auf der Stirn und rings um den Kopf herum.

An den mit Haaren bewachsenen Stellen ist außer einigen trockenen Blutkrusten nichts bemerkbar. An der Stirn nimmt man einige halbvertrachtete Blutstropfen wahr. Die s p ä r l i c h e Beleuchtung (!) des Zimmers verhindert jedoch, daß das Publikum nähere Beobachtungen anstellen kann. Mir schien es, als ob kurz vorher die Blutstropfen auf die Stirne gespritzt worden seien. Bei Anfang der Ekstase schaut, wie schon erwähnt, die Stigmatisirte an die Zimmerdecke und hält die Stirn fast horizontal. Daher bleiben die Tropfen an derselben Stelle. Im weiteren Verlaufe der Ekstase wird die Stellung verändert und die Tropfen beginnen, so weit sie inzwischen noch nicht verdorret sind, nach dem Gesetze der Schwerkraft abwärts zu fließen und nehmen ihren Weg über Wangen und Hals herab. Die Stigmatisationsgläubigen behaupten, das größte Wunder an der Louise Lateau bestehe darin, daß Blut aus der Stirn komme, ohne daß, wenn man dasselbe abwische, eine Spur von einer Wunde wahrzunehmen sei. Vielleicht erklärt sich auf die eben angegebene Weise der ganze „wunderbare“ Vorgang. Ich wollte einige Tropfen Blutes auffangen, um nachher sie einer mikroskopischen Untersuchung unterziehen zu lassen; meine Bitte wurde mir jedoch rundweg abgeschlagen. (So würden es die Priester der Lateau auch mit Birchow machen!)

Die Kopfwunden geben dem Gesichte der Ekstatischen einen widerlichen Ausdruck; man glaubt ein mit Opferblut beschmieretes Götzenbild vor sich zu haben. —

Versuchen wir nun den Verlauf der Ekstase zu schildern. Während derselben betrachtet die Stigmatisirte die Lebensgeschichte Christi. Den heiligen oder düsteren Momenten derselben entsprechend, wechseln Hygognemie und Stellung. Bald sieht man sie lächeln, bald weinen; jetzt ist sie heiter, jetzt wieder ernst. Anfangs sind die Augen wie der ganze Körper unbeweglich. Daß er übrigens nicht ganz ohne Leben sei, bewies auf ganz einfache Weise eine freche Fliege; diese summte nämlich plötzlich am Auge Louise's vorbei, worauf sie kaum merklich zusammenzuckte.

Allmählich begann sich die ganze Gestalt zu beleben; sie drehte sich nach rechts und links; plötzlich erhob sie sich und bengte sich vorwärts, als ob sie ein und anderen Sterblichen unsichtbares Etwas haschen wollte. Verschiedene Gesichte, als Furcht, Entsetzen, Schmerz, Traurigkeit etc. malten sich auf den Zügen so lebendig und plastisch ab, daß man auch ohne die beständigen Erklärungen einzelner Anwesenden dem Vorgegang der Ekstatischen hätte vollständig folgen können. Jede Bewegung, jeder Seufzer, jeder Auf- und Niederschlag der Augen zeigt, daß das Mädchen in nicht geringem Grade ihre Mienen und Geberden zu beherrschen und mit Hülfe derselben auf die anwesenden Gläubigen



**Bern, 2. Novbr.** Ein Dekret des Großen Rathes vom 29. Juni 1874 „betreffend Errichtung und Organisation einer katholisch-theologischen Fakultät an der Hochschule zu Bern“ regelt im Einklang mit dem Hochschulgesetze und unter völliger Gleichstellung der neuen Fakultät mit den übrigen die Rechte und Pflichten der Lehrer und Studierenden (u. A. auch die Vertheilung von Stipendien im Betrage von jährlich 1000 Fr., zunächst jedoch nicht ausschließlich an Kantonsbürger). Nach § 9 des Dekrets soll die Zahl der ordentlichen und außerordentlichen Professoren zusammen sieben betragen, „wobon wenigstens zwei in französischer Sprache zu lehren haben“. Einer von diesen Zweien ist bereits in der Person des Dr. Götzens, zuletzt Oberlehrer am kaiserlichen Lyceum in Metz, ernannt worden. Ferner wurden berufen und werden vom 16. November ab in deutscher Sprache ihre Vorlesungen eröffnen die Professoren Friedrich (über Kirchengeschichte), Herzog, Pfarrer von Olten (über Exegese), Hirschwälder, bisher Herausgeber des „Deutschen Merkur“ in München (über Moral- und Pastoraltheologie). Prof. Friedrich ist vorläufig für zwei Semester in München beurlaubt. Der Professor der Rechte Dr. Garais wird an der neuen Fakultät Kirchenrecht vortragen.

### F r a n k r e i c h.

**Paris, 3. Novbr.** Mit der Rückkehr des Herzogs von Decazes nach Paris hat auch die neulich von uns gekennzeichnete unbefangene Sprache seines Organs, der „Presse“, über die auswärtigen Mächte, und insbesondere Deutschland, eine ziemlich empfindliche Modifikation erhalten. Das Blatt schrieb gestern:

„Wir sehen mit Genugthuung die treffliche Wendung unserer äußeren Beziehungen. Auf Seiten Deutschlands nehmen wir eine außerordentliche Mäßigung der Sprache wahr, fast eine gewisse Höflichkeit, selbst in der Presse, die uns bisher Feindseligkeit oder wenigstens Uebelwollen zeigte. Niemand, wir können es versichern, niemals seit dem letzten Kriege sind die Beziehungen Frankreichs zu den anderen Nationen besser gewesen. Wir haben keineswegs unseren Rang im europäischen Konzert wieder eingenommen, aber wir haben wenigstens die ganze Welt dahin gebracht, daß sie die Aufrichtigkeit unserer Politik des Friedens und der zurückhaltenden Sammlung anerkennt. Man fängt an, selbst in den Regionen, wo Frankreich am meisten verächtlich war, zuzugehen, daß Frankreich den tolen Streichen, dem unüberlegten Sichhineinwerfen, den verwegenen Entschlüssen entlag hat. Man fängt an, zuzugehen, daß es keinen anderen Ruhm sucht, als den, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, keine anderen Eroberungen als die der Wissenschaft und daß ihm von jetzt ab die Siege am theuersten sein werden, die es über sich selbst davonträgt.“

Thiers empfing in Nizza 10 Journalisten, die der republikanischen Presse der Grafschaft angehören, und hielt eine Rede, in welcher er über die allgemeine Politik sprach und Rathschläge erteilte, dabei aber den Wunsch ausdrückte, daß man seine Worte nicht veröffentlichen möge. Die Blätter beschränken sich darauf, mitzutheilen, daß der Ex-Präsident glaubt, es gebe in Nizza keine eigentlichen und aufrichtigen Separatisten; wäre dies aber doch der Fall und käme Frankreich durch unorganierte Unglücksfälle in die Lage, diese Provinzen abtreten zu wollen, so würde sich in Italien Niemand, weder die Regierung, noch eine Partei, noch eine Person, finden, um dieses Pfand der italienischen Dankbarkeit zurückzunehmen. Um keinen Preis, unter keinen Umständen sei Italien“, fügte Thiers hinzu, „geneigt, diese Last der nationalen Erkenntlichkeit, von der es sich 1860 durch das Abtreten von Nizza und Savoyen befreit, wieder auf seine Schultern zu nehmen.“ So die Worte Thiers', an die er wohl selber nicht im vollen Umfange glaubt. Was Savoyen anbelangt, so giebt es viele Italiener, die dessen Rückkehr nicht wünschen; mit Nizza ist es aber nicht ganz so, das von der großen Majorität der Italiener noch immer als italienisches Land betrachtet wird. Vom Fardeau de la Reconnaissance wissen die Italiener nicht viel, da es ihnen kein Geheimniß blieb, daß Napoleon III. sich zum „Befreier der Italiener“ machte, weil er neue Attentate fürchtete und sich wieder populär machen wollte, und die Abtretung von Savoyen und Nizza der Preis waren, um den Krieg vor Frankreich verantworten zu können. Bekanntlich war es das At-

tentat Orfinis, welches den Kaiser zu dem Krieg bestimmte. Am Tage nach dem Attentat sagte er des Morgens um acht Uhr zu Mocquard (der Kaiser stand vor seinem Kamin) die denkwürdigen Worte: „Il faut que je fasse quelque chose pour l'Italie; sans cela je serais assassiné.“

Ungeachtet des Dementis des Herrn v. Broglie (der bekanntlich die orleanistische Intrigue leitete, welche mit dem Sturze Thiers' endigte) in der Armin-Affaire bleibt die Thatsache bestehen, daß Graf Armin den thätigsten Antheil an den bezüglichen Vorgängen nahm und daß ohne seine Intervention die Verschworenen schwerlich den Muth gehabt hätten würden, Thiers in einem Augenblicke zu stürzen, wo deutsche Truppen noch einen Theil von Frankreich besetzt halten.

Daß Herzog von Broglie Emisäre an den Grafen v. Armin sandte, wurde nicht gesagt, sondern gemeldet, daß der Graf einen Emisär (und dessen Name ist den orleanistischen Kreisen sehr wohl bekannt) zu den Führern der Orleanisten sandte, um sie zum schnellen Vorgehen anzufeuernd und ihnen wiederholt die Versicherung geben zu lassen, daß sie seitens der berliner Regierung nichts zu befürchten haben würden. Die in der wiener „Presse“ veröffentlichten Dokumente über das Konvuls waren nach der Versicherung eines hiesigen Korrespondenten der „Köln. Ztg.“ in gewissen pariser Kreisen vier Wochen vor ihrem Erscheinen ihrem Hauptinhalte nach bekannt. Der Name der Person, die sie übermittelte, ist auch kein Geheimniß.

**S p a n i e n.**  
**Madrid, 31. Oktober.** Die vereinigten Carlisten banden unter Cucala und Polo sind gestern bei Villafranca im Maestrago von der Brigade Despujols nochmals geschlagen worden. Der Kampf dauerte sechs Stunden und kostete den Carlisten, nach Angabe der amtlichen Zeitung, 120 Tode, Verwundete und Gefangene. — Dem General-Kapitän von Barcelona ist es gelungen, die in der Brigade Esteban in Granollers ausgebrochene Meuterei zu unterdrücken, jedoch, wie das Gerücht sagt, nicht ohne einige der Aufständischen mit dem Tode zu bestrafen. Die Aufwiegelung der Soldaten soll von kantonistischen Verschwörern ausgegangen sein. Der General-Kapitän ist schon nach Barcelona zurückgekehrt. — Der „Iberia“ zufolge hat eine Deputation hervorragender Carlisten in Tolosa dem Präsidenten ihre Aufwartung gemacht, um ihm vorzustellen, daß es nutzlos wäre, den Krieg fortzusetzen. Dasselbe Blatt glaubt, daß Don Carlos auf französischem Gebiet eine wichtige Versammlung abhalten beschloffen habe, und spricht die Erwartung aus, daß die französischen Behörden diese Zusammenkunft nicht dulden werden. — Trotz der Maßregeln, welche in der vorigen Woche durch Internirung einer Anzahl Carlisten im französischen Grenzgebiete ergriffen worden sind, scheint in den madridischen Regierungskreisen die Unzufriedenheit mit der Haltung Frankreichs sich nicht vermindert zu haben. Die „Iberia“, bekannt als das eigene Organ des Ministerpräsidenten Sagasta, sagt ohne Umschweife: „Was helfen die Schritte gegen einige Carlisten, wenn Herr Narlaillac fortfährt, die Befehle der vorgelegten Behörde zu mißachten? Die Dinge bleiben wie sie waren und als ob das Kabinett des Marschalls Mac Mahon nichts in jener Richtung gethan hätte.“

Dem „Imparcial“ mißfällt die Sprache der offiziellen Presse von Paris, welche mit verdoppelter Feindseligkeit gegen die Sache der Freiheit in Spanien auftritt; und er fordert die spanische Regierung auf, „mit Energie in allen Fragen vorzugehen, welche in unmittelbaren oder mittelbaren Beziehungen zu dem Carlistentriebe stehen“. Einen neuen Anstoß hat dem Ausdruck des Bedrusses über den nördlichen Nachbar die Veröffentlichung des von Vega de Armijo in Paris überreichten Memorandums gegeben, dessen Aufzählung der spanischen Beschwerden gegen die französischen Grenzbehörden all die alten Wunden wieder aufgerissen hat. Die bittere Sprache gegen Frankreich ist freilich nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß Spanien alle Ursache hat, die Ausdehnung, welche der Bürgerkrieg gewonnen, den Versäumnissen Frankreichs in der Beobachtung seiner Neutralitätspflichten zur Last zu legen.

**G r o ß b r i t a n n i e n u n d I r l a n d.**  
**London, 2. Novbr.** Ueber die Identität des angeblichen Rana Sahib sind wir heute noch nicht um ein Haar klüger. Der Rana Sahib von Seinde misstamm seinem Neffen sind jeden Augenblick bereit, sie eidlich zu beschwören, Andere, die ihn genau kennen sollten, zweifeln, und wieder Andere, die ihn ebenfalls gekannt hatten, erklären sich entschieden gegen die Identität. Da wird es denn noch viele Verhöre abgeben. Mittlerweile sitzt der Verdächtige fest. Daß er bisher auch nur versucht habe, nachzuweisen, wer er denn eigentlich sei, wenn er nicht der Rana ist, davon haben wir bis jetzt nichts gehört. Dergleichen aber mag in Indien schwerer sein als in der Mark Brandenburg und darf nicht als Beweis seiner Schuld angesehen werden.

**R u ß l a n d u n d P o l e n.**  
Militärische Preisausschreibung. Generalmajor A. Gorloff, der militärische Attache der russischen Botschaft in London, veröffentlicht in der „Times“ die nachstehende, ihm von der russischen Regierung zugewandene Mittheilung: „Se. kaiserliche Hoheit der Großfürstin Nikolaus Nikolajewitsch, General-Inspektor der russischen Kavallerie, die Unvollständigkeit irgenwelcher vorhandenen Abhandlungen über Kavalleriegeschichte anerkennend und der Ansicht, daß ein so wichtiger Dienstzweig das genaueste Studium verdient, hat mit der Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers von Rußland beschloffen, drei Preise von respektive 5000, 3000 und 2000 Rubel für die drei besten Aufsätze über obiges Thema auszuweisen. Um einen internationalen wissenschaftlichen Verkehr zu ermuntern, hat Se. kaiserliche Hoheit beschloffen, die Mitbewerber allen auswärtigen Armeen zu eröffnen, aber nicht russische Mitbewerber werden ihre Produktionen in dieser Sprache überlegen zu lassen haben. Alle konkurrierenden Aufsätze müssen in Petersburg am oder vor dem 1. (13.) Januar 1877 eingereicht werden, worauf nach einer sorgfältigen Prüfung derselben durch ein

Fabrikation sind sie zurückgeblieben. Das haben sie im letzten Kriege gegen Engländer und Franzosen zu ihrem Schaden entdeckt, aber auch als kluge Leute nicht versäumt, diesem Mangel abzuheben, und demgemäß bei Krupp eine Partie Hinterladungs-Geschütze für ihre Strand-Batterien bestellt. Da aber die Geschütze nicht helfen, wenn man sie nicht richtig bedienen kann, so hat ihnen Krupp mit den Kanonen auch einige Agenten geschickt, die in der Geschützbedienung nach preussischem Reglement sich find. Nun wäre aber doch schwierig und zu viel verlangt gewesen, wenn die Agenten die chinesische Marineartillerie in chinesischer Sprache hätten eindressiren sollen. Zudem ist das chinesische Exerzier-Reglement schwierig von einem Worte verfaßt und jedenfalls fehlen darin die technischen Ausdrücke für die Hinterlader. Die Chinesen mußten sich also bequemen, das preussische Exerzier-Reglement zu lernen. Das geschah denn auch zuerst mit einer Anzahl chinesischer Unteroffiziere. Nach zwei Monaten hatten diese die Sache los, und nun rückte an einem schönen Morgen die chinesische Marine-Artillerie in Dee-soo oder einer anderen Station aus, um nach deutschem Kommando ihre neuen Geschütze bedienen zu lernen. Aber die Chinesen sind bekanntlich anstellige Leute, und so ging auch das deutsche Exerzium in kürzester Zeit trefflich. Zur Rekrutenaufsicht standen ein Paar Mandarin dabe, die sich nicht damit begnügten, ihre Böpfe zu drehen und eine Cigarre dazu zu rauchen, sondern schaff aufpaßten, daß Alle hübsch stramm ins Zeug gingen. Wenn aber ein chinesisches Jodelle die Kartusche allzufaul einschob oder den Verschluss nachlässig besorgte, so kam der Mandarin sachte heran, nahm das Jodelle am Kopf und führte es zu einer nahe stehenden Bank, an der ein väterländischer Bambus höchst ungemüthlich Schildwache stand. Dem Jodelle wurden dann etliche aus dem chinesischen ff aufgemessen, die der Bürste mit angestammter Gelassenheit ertrug und dann sichtlich ermuntert wieder lustig an sein Geschütz eilte. Durch diese sinnreiche Verbindung deutschen Reglements und chinesischen Disziplinarverfahrens gelang diese Instruktion so gut, daß nach der Aussage deutscher Augenzeugen, die sich an dem Schauspiel haß ergötzen, die chinesischen Artilleristen die nöthigen Griffe und Manöver mit dem Rüstengeschütz fast in der Hälfte Zeit weg hatten, wie ihre deutschen Kameraden. Sind ja die Chinesen durch ihre Nachahmungsgabe längst berühmt. Ja die Agenten des Herrn Krupp haben es sogar so weit gebracht, daß die Kerle sich ordentlich anzusehen lernten und sich als Grundbedingung militärischer Ordnung und Esprits de corps gleiche Schärpen und Kopfbedeckungen anschafften, denn gleiche Brüder, gleiche Kappen, das weiß ja jeder Gymnasiast, der freilich die seinige nicht aus dem eigenen Beutel anschafft, wie der arme Chinese muß, der eitel 5 Zhr. monatlich für Alles erhält. Wenn es jetzt den Engländern und Franzosen wieder einfallen sollte, aus Opium- oder anderen divinatorischen Gründen China mit Krieg zu überziehen, so werden sie nicht übel aufpassen, wenn ihnen von der ersten chinesischen Strandbatterie das deutsche Kommandowort entgegenkommt: Batterie Feuer! Da werden sie am Ende die Chinesen trotz der Böpfe für verkappte Preußen halten und jammern: Das hat wieder der böse Bismarck gethan! Diesmal ist's aber nur Herr Krupp, der ehrsame Geschützeferant.

**U e b e r d a s p r e u ß i s c h e E x e r z i e r - R e g l e m e n t i n C h i n a**  
bringt der „Schw. M.“ einen erdößlichen Bericht. Man kann nicht sagen, schreibt das Blatt, die Chinesen haben das Pulver nicht erfunden. Sie haben es bekanntlich auch erfunden, nur in der Geschütz-

Begriff von dem jeden Freitag in Bois d'Haine sich abwickelnden Schauspiel machen. —

Ich athmete frisch auf, als ich wieder in Gottes freier Natur war. Ist, so stellte ich mir die Frage, eine solche Komödie im 19. Jahrhundert noch möglich?

\* **Rick-Jubiläum.** Aus Dresden vom 31. Oktober berichtet man: „Heute begeht unser Hofkapellmeister Dr. Julius Rick, einer der bedeutendsten Musiker unserer Tage und, um mit Dr. Oskar Paul, dem berühmten Leipziger Musikgelehrten, zu reden, „eine feste unerschütterliche Säule zur Erhaltung der klassischen Tonkunst.“ sein 40-jähriges Jubiläum als Orchester-Dirigent. Geboren am 28. Dezember 1812 (als Sohn des in der königl. Hofkapelle thätigen Bratschisten Joh. Friedr. Rick), wurde Rick 1834 aus seiner Vaterstadt Berlin, wo er bisher als Komponist und Violoncellist an königlichen Theater gewirkt hatte, auf Empfehlung Mendelssohn-Bartholdys als Musik-Direktor an das von Zimmermann neubegründete Stadttheater in Düsseldorf berufen. Dort dirigierte er am 31. Oktober des genannten Jahres zum ersten Male eine Oper. („Der Tempel und die Jüdin“). Die vierzigste Wiederkehr des Jahrestages eines so wichtigen Ereignisses im Leben des Meisters, der später (seit 1847 und bez. 1848) als Theaterkapellmeister, Dirigent der Singakademie, Direktor der Gewandhauskonzerte und Lehrer am Konservatorium in Leipzig gewirkt und seit 1860 königl. sächs. Hof-Kapellmeister ist, konnten natürlich seine vielen Verehrer nicht unbeachtet vorüber gehen lassen. Ein Komité trat zusammen und veranstaltete für den gestrigen Abend zu Ehren des Jubilars ein Bankett im Saale des hiesigen Gewerbehause. Dasselbe ward von der Rick'schen A-kur-Konzert-Ouverture eingeleitet und verlief in ungetrübter Festimmung der Theilnehmer. Während der durch eine große Reihe von Toasten gewürzten Tafel wurden dem Jubilar nicht bloß zahlreiche eingegangene Telegramme und Glückwünsche, sondern auch mehrere reiche Geschenke überreicht. Von letzteren seien nur erwähnt: ein silberner Lorbeerkranz (von der hiesigen königl. Kapelle), eine silberne Fruchtschale (von den Bühnengliedern unseres Hoftheaters), ein prachtvolles Album mit Erinnerungen an den Rhein (vom Düsseldorf-Musikverein), und 9000 Mark, welche Ferdinand Hiller aus Köln im Namen der rheinischen Künstler überreichte. Eine Deputation, unter Führung des Konzertmeisters Reineke, hatte bereits vorher eine von der Stadt Leipzig dem Jubilar gewidmete Ehrenprobe dargebracht, die gleichfalls in 9000 Mark bestand. Und last, not least sei der hohen Auszeichnung gedacht, welche ihm unser König, bekanntlich selbst ein Meloman, hat zu Theil werden lassen, indem er den Hof-Kapellmeister Rick zum königl. General-Musikdirektor ernannte. So viel ich weiß, besitzt jetzt außer Dr. Rick nur noch der greise Franz Lachner in München die gleiche Würde.“

\* **U e b e r d a s p r e u ß i s c h e E x e r z i e r - R e g l e m e n t i n C h i n a**  
bringt der „Schw. M.“ einen erdößlichen Bericht. Man kann nicht sagen, schreibt das Blatt, die Chinesen haben das Pulver nicht erfunden. Sie haben es bekanntlich auch erfunden, nur in der Geschütz-



von Sr. kaiserlichen Hoheit ernanntes Komite die Preise zuerkannt werden sollen."

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Der Seniorenkonvent hat sich unter dem Vorsitz des Abg. von Densin betreffs der Kommissionswahlen dahin verständigt, daß den Nationalliberalen  $\frac{1}{2}$ , dem Zentrum  $\frac{1}{2}$ , der Fortschrittspartei  $\frac{1}{2}$ , und den Fraktionen der Rechten zusammen  $\frac{1}{2}$ , der zu wählenden Mitglieder zufällt; es ist dies dasselbe Verhältnis, wie in der vorigen Session.

## Tagesübersicht.

Bosen, 5. November.

Der Parteistand der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen, welcher den wieder zusammengetretenen Reichstag unfreundlich genug begrüßt, ist scheinbar beendet, dürfte aber auf das gegenseitige Verhalten der beiden Parteien in der begonnenen Parlamentsperiode nicht ohne allen Einfluß sein, besonders da die Fortschrittspartei, wie unser *Ex-Korrespondent* (Nr. 775) mittheilte, die Äußerungen des Herrn Eugen Richter gebilligt hat. Von national-liberaler Seite wird dem genannten Abgeordneten besonders eine Rede verübelt, welche derselbe im Wahlverein der Fortschrittspartei für den ersten und zweiten hiesigen Reichstagswahlkreis gehalten. Dieser Vortrag, welcher uns jetzt im wörtlichen Abdruck vorliegt, enthält eine Abrechnung mit der nationalliberalen Partei. Der Redner kritisiert das Verhalten derselben bei den verschiedenen Vorlagen, meinte, daß sie sich vor einer der Regierung unbenutzen Initiative scheue, zu viel Rücksichten auf die Person des Reichskanzlers nehme, in sich getheilt sei und mit den Konservativen Verbindung suche. Aus diesen Vorlesungen sei eine Reihe von Feindseligkeiten gegen die Fortschrittspartei hervorgegangen. Das neu gegründete Parteiorgan, die „Nationallib. Correspondenz“, wende sich fortwährend gegen die Fortschrittspartei, der Vorstand der Partei gebe Flugblätter voller Angriffe gegen sie heraus, endlich sei eine große Zahl nationalliberaler Vereine im Lande mit ausgesprochener Tendenz gegen die Fortschrittspartei gegründet worden, so auch in Berlin. Es sei eine Notwendigkeit geworden, sich von den Nationalliberalen zurückzuziehen, namentlich seit Begründung ihres Berliner Vereins und seitdem derselbe begonnen habe, auch auf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen einzuwirken. Die Rede des Herrn Richter, welche somit als eine Abwehr erscheinen soll, gipfelte in folgenden Sätzen:

Wollen nun die Nationalliberalen mit uns in Berlin Krieg beginnen, so sollen sie den Krieg haben. Ein frischer frühlicher Wahlkampf wird unsere Partei in Berlin beleben und auch auswärts auf die Partei belebend einwirken. Bisher haben wir diesen Kampf vermieden, weil wir davon ausgingen, daß die Kräfte, welche sich hier gegeneinander aufreiben, besser außerhalb Berlin im Dienst der gemeinsamen liberalen Interessen verwendet werden können. Schließen sich freiwillig die Nationalliberalen, wie es mehr und mehr den Anschein gewinnt, rechts an die Konserve an, kommt ihnen die Unterscheidung zwischen liberal und konservativ mehr und mehr abhanden, dann freilich fallen auch diese letzten Rücksichten für uns, dann werden wir sie innerhalb und außerhalb Berlins als das behandeln, was sie dann wirklich sein werden, die neuen deutschen Konservativen. — Ist aber innerhalb der Nationalliberalen das Bewußtsein des Unterschiedes zwischen Konservativ und Liberal noch lebendig, nun, so hoffe ich, wird unsere Klugheit zum Kriege die Friedliebenden in der Partei stärken, vielleicht bewährt sich dann auch hier das Sprichwort, daß wer den Frieden zu erhalten wünscht, zum Kriege rufen soll.

Fast noch stärkere Vorwürfe hat der fortschrittliche Vertreter Dresdens, der Abgeordnete Dr. Minkwitz gegen die Nationalliberalen erhoben. Die schärfsten Blätter brachten von ihm eine längere Erklärung, worin es hieß:

Die national-liberale Partei im Reichstage flüht und gerät sich in ihrer Mehrheit als Regierungspartei. Da die Reichsregierung nicht liberal ist, kann es auch die große Mehrheit der national-liberalen Partei nicht sein. Würde die national-liberale Partei sich offen als Regierungspartei erklären, würde ihr als solcher meine Achtung nicht fehlen, die ich ihr als angeblich liberaler Partei zuollen nicht im Stande bin."

Die „Nat. Z.“ bezeichnete diese Erklärung als ein „schmerzliches Ereignis“, während die „Köln. Z.“ meinte, daß die Nationalliberalen zu oft schon solche Vorwürfe hören mußten, um darin ein „Ereignis“ zu finden. „Die Mißstimmung der Fortschrittspartei“, meinte das rheinische Blatt, erklärt sich aus der Niederlage, die sie in der Frühjahrsession des Reichstages erlebt hat. Die Heißsporne der Partei hofften bei Gelegenheit des Militärgesetzes die national-liberale Partei zu sprengen, und siehe da, sie spalteten nur ihre eigenen Reihen. Eine sehr energische Abwehr bringt die „N. L. C.“ (nationalliberale Korrespondenz), welche u. A. schreibt:

Die „Entschieden“ der Fortschrittspartei haben ihr Verhältnis zu der „befreunden Fraktion“ stets dafür aufgestellt, daß ihnen gestattet sei, bei jedem unumgänglichen Kompromiß sich in die Tage der Prinzipienreue zu hüllen und dem Lande die „Gefinnungslosigkeit“ der Nationalliberalen zu denunzieren. Von den Augenblicken, da die Letzteren diese Komödie endlich einmal überdrüssig wurden und sich gegen die maßlosen Verächtlichkeiten und Beleidigungen zur Wehr setzten, schrie man über Herabsetzung und Feindseligkeit. „Nur nicht mühen!“ — Das ist die unerlässliche Bedingung, unter welcher man den Nationalliberalen „Freundschaft“ zu gewähren sich herbei läßt. So liberal und so auch speziell in Berlin. Daß es in der Reichshauptstadt eine große Anzahl von Leuten giebt, welche die nationalliberale Anschauung theilen, ist den „Entschieden“ nicht unbekannt. Wenn dieselben bei politischen Wahlen für den Kandidaten der Fortschrittspartei stimmen, sind sie willkommen, trotz ihrer „Gefinnungslosigkeit“, wenn sie aber dem höchst natürlichen Bedürfnisse folgen, ihre Ansichten mit Gleichgesinnten auszutauschen, so befinden sie Feindseligkeit, Anmaßung, Herrschsucht und wie die schönen Anlagen sonst noch heißen. In dem neuen nationalliberalen Verein zu Berlin ist laut erklärt worden, daß man nicht beabsichtige, bei künftigen Wahlen die Fortschrittspartei mit eigenen Kandidaten zu bekämpfen; der Verein soll, was die Wahlen anlangt, das nationalliberale Element nur als einen kompakten Faktor darstellen, mit dem man rechnen, auf welches man bei der Auswahl der Kandidaten Rücksicht nehmen muß. Herr Richter und seine speziellen Freunde aber wissen auf's Genauste, daß der Verein gegründet ist direkt zur Bekämpfung der Fortschrittspartei. Der nationalliberale Verein ermahnt seine Mitglieder, soweit sie dazu berechtigt, sich an den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu betheiligen; der Abgeordnete Rastler betont dabei ausdrücklich, daß es nicht gelte, politische Parteigegeßnisse in die Kommunalangelegenheiten hineinzutragen, sondern lediglich die Macht des Bürgers auszuüben. Herr Richter aber charakterisiert diese Ermahnung als die schroffste national-liberale Kriegserklärung. — Genug davon. Es ist klar: daß die nationalliberale Partei überhaupt noch wagt, zu existieren und ihre Existenz zu bekunden, ist in den Augen der fortschrittlichen Heißsporne schon ein Verbrechen. Zum Glück beweist das Zusammengehen der beiden großen liberalen Parteien, wie wir es gerade gegenwärtig bei Erschwerden in verschiedenen Gegenden des Reichs beobachten, daß die Anhänger der Fortschrittspartei in der Praxis wenig gesonnen sind, nach der Pfeife des Extremen zu tanzen. Und so werden denn — zum Verheil der gemeinsamen liberalen Sache — die radikalen

Kriegs- und Verachtungserklärungen wohl schließlich keine größere Bedeutung haben, als die rein individuelle und ohnmächtige Velleitheit.

Trotz dieser Streitigkeiten glaubt die fortschrittliche „Post. Ztg.“ nicht an eine nachhaltige Verstimmung zwischen den beiden liberalen Parteien. Sie sagt: „Die Präsidentenwahlen sind ein erfreulicher Beweis für die Einigkeit der liberalen Partei gewesen; gern hegen wir die Zuversicht, daß auch im Verlaufe der Session diese Einigkeit gewahrt bleibe.“ Auch wir glauben, daß, wenn erst die Stadtverordnetenwahlen in Berlin beendet sein werden, wiederum eine freundlichere Stimmung zwischen den Führern der beiden Parteien Platz greifen wird. Die parlamentarischen Arbeiten gewinnen bei diesen Streitigkeiten nicht, und die große liberale Mehrheit im Lande hat für solche Streitigkeiten wenig Sympathie.

In Frankreich rührt sich die papistische Partei wieder gewaltig. Wie der „Univers“ berichtet, wurden am Morgen des 3. November, als am Jahrestage von Mentana, fast in allen Diözesen Frankreichs Seelenmessen für die gefallenen Glaubensstreiter abgehalten; in Paris hatte sich zu dem Zwecke eine Ciste junger Herren um den päpstlichen Zuden-General Charette geschart. Es soll bald wieder losgehen. Man erwartet nicht bloß ein Manifest von Chambord, sondern in politischen Kreisen macht, wie „Le Public“ erzählt, ein Brief des Bischofs Dupanloup an Broglie viel von sich reden, in welchem der Bischof von Orleans zu beweisen sucht, daß das letzte Breve des Papstes allen katholischen Deputirten zur Pflicht mache, sich definitiv dem Antrage von Larochejacquelein-Bisaccia anzuschließen und fest und bestimmt die Frage auf Herstellung des legitimen Königthums zu stellen. Bestätigt sich diese Nachricht, so wäre damit darzulegen, daß in der bisherigen Enthaltenspolitik des Vatikans eine wesentliche Veränderung bevorsteht. Ueber die Wahl im Pas de Calais sagt das „Journ. de Deb.“: „Wir glauben nicht, daß sie (die Wahl) zum Kredit des Septenniums beitragen wird. Die Republikaner können sich zur imposanten Minderheit, die sie erhielten, Glück wünschen. Drei koalirten Parteien gegenüber hielten sie allein bis ans Ende die Entscheidung in Ungeklärtheit. Welche jener Parteien wäre fähig gewesen, zu diesem Resultate zu gelangen?“

Die italienischen Zeitungen veröffentlichen einen Brief des Generals Lamarmora an seine Wähler in Biella, worin er denselben anregt, daß er auf seine Wiederwahlung in die Kammer Verzicht leiste, weil er die Regierung, und namentlich das Kriegsministerium auf Wegen sehe, die er nicht billigen könnte. Wenn die gegenwärtige Politik der Regierung auch nicht zum Ruine Italiens führen sollte, so sei er doch überzeugt, daß die Reorganisation des Heeres nach dem Systeme des gegenwärtigen Kriegsministers die Wehrkraft Italiens bedeutend schwächen würde. Er wünsche, sich in seinen Befürchtungen zu täuschen, könne aber nicht umhin, seine warnende Stimme vernahmen zu lassen. Ein wirklicher Patriot würde sich aus denselben Gründen gerade in die Kammer wählen lassen, um dem befürchteten Unheil entgegenzuarbeiten.

In Louisiana ist ein Kompromiß zwischen den beiden eben noch im blutigen Kampfe gegen einander andringenden, jetzt aber durch die mächtige Hand der Bundesregierung in Ordnung gehaltenen Parteien zu Stande gekommen. Bekanntlich war es das von dem Nigger-Präsidenten Kellogg und seinen farbigen Staatslegislatur-Mitgliedern den Weißen aufgeschaltete Gesetz, durch welches die gesamte Wahlkontrolle in die Hände des Gouverneurs, resp. dessen schwarzen Kreaturen gelegt wurde, das zum Ausbruche der Revolution vom 14. und 15. Sept. führte. Seitdem hat der, durch Bundesmilitär wieder in seine Funktionen eingefetzte famose Kellogg der öffentlichen Meinung insofern einige Konzessionen gemacht, als er mit seinen besiegten Siegern in Unterhandlung getreten ist. Das durch dieselben erzielte Resultat, daß den Konservativen eine Hälfte der Kontrolle bei den im November bevorstehenden Staats-, Legislatur- und Kongresswahlen eingeräumt wurde. Durch dieses Zugeständnis, wie durch die fortgesetzte Anwesenheit einer nicht wenig imponirenden Bundesstruppenmacht ist im Ganzen die Ruhe in New Orleans wie in den Landdistrikten Louisiana's hergestellt. Trotzdem fehlt es nicht an kleineren Vorkommnissen, welche die Aufregung und immer noch zum Äußersten entschlossene Stimmung, die die konservative Bevölkerung durchgährt, deutlich erkennen lassen, und nur zu leicht ist es möglich, daß der 3. November für New Orleans eine Wahlschlacht bringen wird, von der es nicht so leicht sein wird zu entscheiden, ob mehr gewöhnt oder mehr geschlagen wurde.

## Lokales und Provinzielles.

Bosen, 5. November.

— Der neu ernannte Regierungspräsident Steinmann ist bereits heute von hier abgereist und wird in den nächsten Tagen in sein Amt in Kronsberg eingeführt werden. Derselbe gedenkt seine Familie, welche bis zum Frühjahr hier bleibt, im nächsten Dezember zu besuchen.

— In der vom 21. Oktober datirten Erklärung des Kirchenpatrons von Krons, findet sich der Passus, daß „thatsächlich auch die katholische Frau Gräfin v. S. in gleicher Lage ohne Mitwirkung eines Bischofs eine interimistische Verwaltung in eine definitive umgewandelt“ hätte. Ein Schröder-Korrespondent der „Germania“ tritt nun dieser Äußerung mit einer langen Epistel entgegen, welcher wir das Thatsächliche wie folgt entnehmen:

Es handelt sich in diesem Falle um die Pfarrstelle in Santomys. Nicht im Entferntesten denkt die Gräfin v. S. Exorzismen an das, was ihr Herr Kennemann und der „Todtenräuber der Mäusesche“ zumuthen. Es ist nicht wahr, daß sie den Vikar Rejmer dem Oberpräsidenten zur Bestätigung als Pfarrer präsentirte, noch weniger ihn selbst ernannt hätte. Sie hat ihn in das Amt des Pfarrers nicht eingeführt, das Kirchenvermögen ihm nicht übergeben — sie ist unfähig, Gensdarmen in die Kirche zur Einführung eines Pfarrers herbeizurufen. Im Monat Januar c. vom erzbischöflichen Generalkonsistorium in Bosen aufgefordert, auf die durch den Tod des letztverstorbenen Pfarrers erledigte Pfarrstelle einen Geistlichen zu präsentiren, that sie dies sofort und übergab die Präsentationsurkunde dem Vikar Rejmer. Diese Urkunde übernahm der Herr Erzbischof selbst, erstärte dem Vikar Rejmer, daß er sie annehme, überließ ihm die Pfarrverwaltung und gedachte auch, ihn kanonisch inthronisiren zu lassen, wurde aber inzwischen durch seine Verhaftung daran gehindert. Herr Rejmer ist Pfarrverwalter, aber kein Pfarrer. Unterdessen forderte der Oberpräsident die Frau Gräfin auf, für die Pfarrstelle einen Pfarrer zu ernennen. Hierauf antwortete die Gräfin einfach, sie hätte schon vor mehreren Jahren in Gegenwart des damals noch lebenden Pfarrers dem Vikar Rejmer die Präsenz für die Santomys-Pfarrstelle versprochen, habe ihn bereits dem Herrn Erzbischof präsentirt und hoffe, dies an einem Geistlichen gethan zu haben, der sowohl der kirchlichen wie der weltlichen Behörde genehm wäre.

r. Der Beamten-Spar- und Hilfskassenverein hielt am Dienstage unter Leitung des Vorsitzenden, Regierungsrath Selig, seine vierte diesjährige Generalversammlung ab. Nach dem von dem Redanten des Vereins erhaltene Geschäftsbericht betrug die Pflichtbeiträge der Mitglieder bis Ende September d. J. 7508 Thlr., die freiwilligen Einlagen 12590 Thlr. der Reservefonds 730 Thlr. An Darlehen waren ausbezahlt 22,000 Thlr. Am Schlusse des Geschäftsjahrs 1873/74 kommt an die Mitglieder auf die Pflichtbeiträge eine Dividende von 10 pCt. zur Verteilung. — Es wurden alsdann zu Vorstandsmitgliedern an Stelle des von hier nach Berlin versetzten Regierungsschreibers Binder und des zum 1. Dezember wegen Verletzung auscheidenden Kreisgerichtsschreibers Nixdorf gewählt: Reg.-Sekretär Jatzreck und Appellationsgerichtsschreiber Krieger. — Da die Zeit bereits zu weit vorgeht, so wird zu der Statuten-Änderung, welche gleichfalls auf der Tagesordnung stand, eine neue Generalversammlung anberaumt werden.

r. Im Verein junger Kaufleute werden im Laufe des Monats November und December d. J. Gerhard Hoffmann und Rudolph Gensche Vorzüge halten, und zwar ersterer über seine Expedition in die libysche Wüste, letzterer über Schafepreises Dramen.

r. Zur Erhebung der Klassensteuer werden voraussichtlich drei Bureau's in unserer Stadt eingerichtet werden (davon das eine im Rathhause), da es bei einer Gesamtzahl von c. 14,000 Steuerzahlern unmöglich sein würde, in einem einzigen Bureau binnen 8 Tagen, wie dies erforderlich ist, alle Steuerzahler, d. h. also c. 2000 pro Tag, abzufertigen. Die Steuer wird mathematisch alle zwei Monate erhoben werden.

— Zu den Ohlauer Hofjagden hat auch Fürst Ferdinand Radziwill auf Antonia eine Einladung erhalten und angenommen. In Ohlau sind zum feierlichen Empfange des Kaisers die größtmöglichen Anstrengungen gemacht worden.

r. Die Fleischpreise, welche hier im August und September d. J. eine bedeutende Höhe erreicht hatten, sind seitdem in den letzten Wochen abgegangen, und zwar in Folge des starken Angebots von Schlachtvieh, welches wegen des herrschenden Futtermangels in größerer Menge als gewöhnlich, auf den Markt getrieben wird. Da von diesem Futtermangel, der in Folge der Dürre dieses Jahres eingetreten ist, besonders Schafe und Rindvieh betroffen werden, so sind deswegen vornehmlich die Preise von Rind- und Schafensfleisch herabgegangen und zwar um 1 bis 1½ Sgr. pro Pfund, weniger die des Schweinefleisches, welches etwa nur um ½ Sgr. pro Pfund billiger geworden ist.

W. Borek, 2. November. (Zu b i l i u m.) Gestern feierte der königl. Kreis-Wundarzt Herr Dr. Bondi hier selbst sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Zur Begrüßung des Jubilars hatten Magistrat und Stadtverordnete eine Deputation abgeordnet. Außerdem geschah dies auch von vielen Privaten unserer Stadt und von Auswärts theils persönlich und theils durch Briefe und Telegramme. — Unter Mitwirkung des Herrn Kreislandraths Glaeser und des Herrn Kreisphysikus Dr. Wunderlich zu Krottschin veranstalteten einige Freunde und Gönner des Jubilars ein Festessen in dem Kuchler'schen Saale hier selbst, an welchem sich 30 Personen betheiligten. Im Verlauf desselben brachte zunächst der Gefeierter auf den Kaiser einen in patriotischen Worten gekleideten Toast aus, in welchem die Versammlung begeistert einstimmte. Hierauf gedachte Herr Landrath Glaeser der Verdienste des Jubilars während seiner langjährigen Dienstzeit in einer längeren Ansprache und überreichte demselben den königlichen Kronen-Orden 3. Klasse, welchen der Kaiser ihm in Anerkennung der dem Staate geleisteten Dienste zu verleihen hatte. Demnach brachte Herr Superintendent Eiche ein Hoch auf die verammelte Gesellschaft aus. Dem Jubilare wurde auch ein aus Beiträgen seiner Freunde angekauft, höchst werthvolles Silbergeschenk zum Andenken an diesen Tag überreicht. Das Fest dauerte bis in den späten Abend und wurde in der freudigen Stimmung verhebt.

XX. Trausdorf, 4. November. (Zum Geburtstage des D o d o w o f s. U n g a r i s c h a l l.) Gegenüber der Mittheilung des „Kuhner Bohemist“, daß der Geburtstag des Grafen Ledochowski in allen Theilen der Provinz feierlich begangen worden ist, kann konstatiert werden, daß weder hierorts noch in den umliegenden katholischen Ortschaften von irgend welchen Festlichkeiten etwas zu merken war. Der größere Theil der katholischen Bevölkerung in unserer Gegend hält sich überhaupt von derartigen zweifachen Demonstrationen fern. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vorige Woche in dem benachbarten Gursdorf. Der Wirtschaftsbefitzer F. war auf dem Felde mit dem Einfahren von Rüben beschäftigt, als sein sonst gutmüthiges Pferd durch irgend welche Veranlassung plötzlich aussetzte und dem dahinterstehenden F. so unglücklich an den Unterleib traf, daß sein Tod nach Verlauf von drei Tagen erfolgte.

—! Neumischel, 4. November. (Hopfengegesch.) In den letzten Tagen war der Geschäftsverkehr ziemlich lebhaft. Von den hiesigen und den hier anwesenden böhmischen und bairischen Händlern wurde Hopfen viel begehrt und gern gekauft. Die Produzenten, welche auf Preissteigerung bestimmt rechneten, mit der Abgabe ihres Produktes fort und fort zögerten, sind, weil sich ihre Hoffnung noch immer nicht erfüllt hat, schon vielfach geneigt zum jetzigen Preise zu verkaufen. Man bemängelte vorsehern, gestern und heute für Hopfen erster Qualität 78–81 Thlr., für Mittelwaare 73–76 Thlr. und für Waare geringerer Güte 70–72 Thlr. für den Zentner diesjährigen Produktes. Gestern wurde in jüngerer Zeit auch vielfach 1873er Hopfen, welcher pro Zentner mit 30–40 Thlr., je nach der Qualität der Waare, bezahlt wurde.

Aus dem Kreise Inowroclaw, 2. November. (Schwefel-mutung.) Zu Anfang März d. J. wurde der Gutsbesitzer Herr v. Radzowski zufällig auf eine Quelle aufmerksam, die auf seiner Dorfwiese entspringt. Herr v. R. untersuchte die Quelle näher und fand den Kessel und Lauf der Quelle gefüllt mit einer dunkelbraunen Masse. Von dieser Masse sandte später Herr v. R. eine Kränze an Herrn v. Rosenbergs zu Kronsberg zur chemischen Untersuchung, welcher zu dem Resultate gelangte, daß die Masse vermittelte Braunkohle wäre, worin sich kleine feste Stücke von Kohle vorfinden. Nun sandte Herr v. R. einen Topf dieser Masse auch an den vereidigten Chemiker Dr. S. Heinrich in Bromberg, dessen Analyse fast gleichlautend mit der des Herrn v. Rosenbergs war, mit dem Unterschiede, daß ersterer noch Fragmente von Schwefel vorfand, die er mit dem bloßen Auge sah. Herr v. R. schritt nun zur Untersuchung sämtlicher Quellen auf seinem Territorium und fand auch wirklich in zwei anderen Quellen Schwefelkörnchen von der Größe eines Widenbolzens darinnen. Hierdurch wird konstatiert, daß nicht nur in unmittelbarer Nähe von Inowroclaw werthvolle Aufschlüsse gemacht werden können, sondern daß auch Strzelno seine Zukunft hat, denn Radzowski, welches hart an der Nege und dem Tzelle-Elongee-See liegt, ist nur ½ Meile von Strzelno entfernt. Wünschenswerth wäre es nur, wenn sich hier ein Kapital zur Aufstellung von Bohrversuchen fände. (Dr. Z.)

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Durchgang der Venus. Bekanntlich wird das interessante astronomische Phänomen eines Venusdurchganges in der nächsten Zeit, und zwar am 8. Dezember l. J. beobachtet werden können. Der nächste Venusdurchgang wird hierauf am 6. Dezember 1882 vor sich gehen und dann erst wieder am 7. Juni 2004, am 5. Juni 2012, am 10. Dezember 2117 und am 8. Dezember 2225: die Perioden sind daher 8, 121½, 8 und 105½ Jahre. Zu dem demnächst am 8. Dezember d. J. stattfindenden Durchgang der Venus durch die Sonne werden nun seitens der Wissenschaft umfassende Vorlesungen getroffen, und sind bereits die Punkte auszuweisen, an welchen diese seltene astronomische Erscheinung am besten wird beobachtet werden können. In Kaufman sind zwei Städte, nämlich Erman und Nadischewan, als Beobachtungspunkte gewählt worden. Im erstgenannten Orte werden der Astronom und Vize-Direktor des Nikolajew'schen Observatoriums in Pulkow, Herr Wagner, und im zweiten Orte der Dozent der Warz (Fortsetzung in der Beilage.)



Bonn, Tark, Wilhelmplatz Nr. 4.



